

Die Merkel-Westerwelle-Gleichung ist keine Lösung

Wie kommt das Land aus der tiefen Wirtschaftskrise? Die gemeinsame Antwort von Union und FDP lautet: Weniger Steuern sorgen für mehr Wachstum, das für mehr Beschäftigung und daraus entstehen mehr Steuereinnahmen. Merkel und Westerwelle glauben, mit ihrem „mehr Netto vom Brutto“ den Königsweg gefunden zu haben.

Wer eine Lösung bieten will, muss zunächst das Problem beschreiben. Was also kennzeichnet die gegenwärtige Krise? Ohne in Einseitigkeiten zu verfallen, darf man wohl sagen: Produktionskapazitäten liegen massenhaft brach, weil für die Produkte, die man herstellen könnte, keine hinreichende zahlungskräftige Nachfrage besteht. Vor allem in der Industrie sind die Aufträge eingebrochen. Und deshalb gibt es einerseits steigende Arbeitslosigkeit und fast 1,5 Millionen Kurzarbeiter. Und andererseits still stehende Maschinen. Weshalb ist nun die Nachfrage so stark geschrumpft? Weil in Deutschland und in vielen anderen Ländern die Gewinne der Unternehmen den Löhnen der Beschäftigten davon gelaufen sind, weil diese Gewinne mangels Nachfrage nicht realwirtschaftlich zu investieren waren, auf den Finanzmärkten landeten, dort für spekulatives Chaos und schließlich für eine Weltwirtschaftskrise sorgten. Diese Wirkungskette und der Hinweis, dass Deutschland mit seinem Lohndumping zu den Hauptsündern zählt, ist die Erklärung der LINKEN und einiger renommierter Ökonomen.

Davon wollen Merkel und Westerwelle nichts wissen. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit ist für sie ohne Bedeutung. Was für sie allein zählt, ist das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Und deshalb sagen sie: Behalten die Bürgerinnen und Bürger mehr von ihrem Brutto, steigt der Anreiz zu arbeiten und das private Geld für den Konsum. Der Hinweis auf den Arbeitsanreiz ist abwegig. Selbst Union und FDP sind noch nicht auf die Idee gekommen, den 1,5 Millionen Kurzarbeitern mangelnde Arbeitsbereitschaft zu unterstellen. Bleibt also nur der Impuls für die Nachfrage, der mit „mehr Netto“ entstehen könnte.

Dieser Impuls tritt unter zwei Voraussetzungen tatsächlich ein. Erstens wenn diejenigen „mehr Netto“ haben, die ihr zusätzliches Einkommen tatsächlich ausgeben. Und wenn zweitens der Staat weniger Steuern für die Normalverdiener

durch höhere Steuern für die (mehr spendenden, weniger konsumierenden) Reichen oder durch höhere Staatsverschuldung ausgleicht. Nur unter diesen beiden Bedingungen entsteht mehr Nachfrage. Nur so hat die Merkel-Westerwelle-Gleichung einen gewissen Sinn.

Genau das aber wollen die beiden Rechenkünstler nicht. Sie wollen, falls nach der Wahl davon überhaupt noch die Rede ist, die Sätze der Einkommensteuer für alle senken, wovon besonders die Reichen profitieren, und sie wollen gleichzeitig die öffentlichen Haushalte konsolidieren, was nur mit einer erhöhten Mehrwertsteuer und weiteren Einschränkungen des Sozialstaats gehen wird. Das Ergebnis würde folglich lauten: Viel mehr Netto für die Wohlhabenden, die dieses zusätzliche Einkommen eher sparen als ausgeben; keinerlei Nutzen für die Normalverdiener, weil sie die geringere Einkommensteuer mit einer höheren Mehrwertsteuer und schlechteren staatlichen Leistungen bezahlen; und sehr viel weniger Netto für die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Dieses Programm ist nicht nur ungerecht. Es ist auch volkswirtschaftlicher Unsinn. Dass die Merkel-Westerwelle-Gleichung nicht aufgeht, lehrt auch der Blick zurück: Das Wachstum der vergangenen zehn Jahre war trotz massiver Steuersenkungen nur in Ausnahmefällen so stark, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Der Zuwachs an Erwerbstätigkeit war vor allem ein Zuwachs an prekärer Beschäftigung zu Niedriglöhnen ohne Schub für die Binnenkaufkraft.

Das Gegenprogramm lautet:

- Millionärssteuer und weniger Netto für die Reichen;
- gezielte Reform der Einkommensteuer zu Gunsten der Geringverdiener und der mittleren Gehaltsgruppen;
- Ausbau des Sozialstaats, um Renten und Zahlungen an Arbeitslose zu stärken;
- deutlich mehr öffentliche Investitionen, um das Bildungssystem zu renovieren und für eine nachhaltige Produktionsweise zu sorgen.

Nur dieses Programm ist schlüssig und gerecht. Nur die Lafontaine-Gysi-Gleichung geht tatsächlich auf.

Redaktionsschluss: 15. September 2009